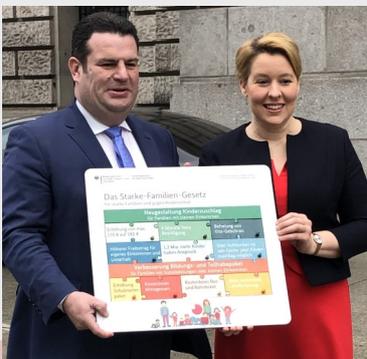


Zukunft des Sozialstaates

Wer 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient eine [Rente](#) oberhalb der Grundsicherung—ohne Wenn und Aber. Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Darauf zielen auch unsere weiteren Vorschläge für den Sozialstaat. Je länger man in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, desto länger hat man Anspruch auf Arbeitslosengeld. Ältere brauchen einen längeren Anspruch als Jüngere. Weil Kinder in der Sozialhilfe nichts zu suchen haben, wollen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung schaffen. Dieses Konzept verhandeln wir in der Koalition, auch wenn die Union sich derzeit teilweise dagegen sträubt.

Plenum

Der erste Schritt ist das [Starke-Familien-Gesetz](#), das Franziska Giffey und Hubertus Heil heute im Plenum vorgestellt haben. Damit fördern wir gezielt Familien mit kleinem Einkommen. Der Kinderzuschlag wird bei steigendem Einkommen nicht mehr komplett gestrichen, sondern sanft abgesenkt, bis Familien es aus eigenen Kräften schaffen, gut über die Runden zu kommen.



AG Innen

In der AG Innen stand uns Bundesinnenminister Horst Seehofer zu einem zweistündigen Gespräch zur Verfügung. Wir haben über die erforderlichen Veränderungen im Beamtenrecht, gleichwertige Lebensbedingungen, Luftsicherheit und IT-Sicherheit gesprochen. Ich habe Seehofer auf den notwendigen Bau von Wohnungen für Bundespolizisten in Ballungsgebieten angesprochen, er bestätigte die Erforderlichkeit; wir werden mit der Bundesanstalt für Immobilienfragen daran arbeiten.

AG Landwirtschaft

Am 18. März wird die SPD-Bundestagsfraktion in Berlin eine Diskussion zu illegalem Welpenhandel durchführen. Als Tierschutzbeauftragte werde ich mit meiner Kollegin aus dem Europaparlament Maria Noichl und Vertretern von Tierheimen und Tierschutzorganisationen über erforderliche Gesetzesänderungen sprechen.

Paragraph 219a

Das Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch wurde in erster Lesung beraten. §219a wird so erweitert, dass Ärzte und Krankenhäuser öffentlich über Schwangerschaftsabbrüche informieren können, ohne Risiko der Strafverfolgung. Außerdem wird die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eine öffentlich einsehbare Liste mit Ärzten und Einrichtungen führen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.

ZOES

Was sind die Zukunftsfragen im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutz? Das ist die Frage, die das Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit mit seinem Grünbuch beantworten will. Nach zehn Jahren steht eine Aktualisierung an und als Mitglied des Beirates habe ich am Montag an einem Workshop von Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Industrie beteiligt. Dabei haben wir uns auf die Themen Krisenverstärker Klimawandel, Pandemien und Herausforderungen der Digitalen Welt identifiziert.



Im Vordergrund der Beirat des ZOES mit Susanne Mittag, MdB, Albrecht Brömme, Präsident des THW, Benjamin Strasser, MdB, Dr. Irene Mihalic, MdB (v.l.n.r.)

An diesen werden wir nun Szenarien entwickeln, um die Herausforderungen für uns alle im Katastrophenfall aufzeigen zu können.

Landesgruppe

Birgit Honé, die niedersächsische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, stand uns in der Sitzung der Landesgruppe Rede und Antwort. Vor allem die politischen Herausforderungen im Jahr der Europawahl, die Schwerpunktsetzungen Niedersachsens und besonders der nahende Brexit waren dabei Thema.

Forschungsforum

Das Bundesbildungsministerium fördert auch Projekte in der Sicherheitsforschung. Um deren Ergebnisse sowohl in der Praxis als auch in der Politik bekannt zu machen, hat sich das Forschungsforum öffentliche Sicherheit gegründet. Um noch bessere Einblicke zu verschaffen, eröffnet das Forum einen Präsentationsraum gegenüber dem Bundestag. Ich habe mir schon einen Einblick verschafft. Es gibt tolle Forschung im Bereich des Katastrophenschutzes, die wir aber noch besser an die Praktiker bei Feuerwehren und Zivilschutzorganisationen bringen müssen. Einen kleinen Einblick werden wir am 24. Mai anlässlich einer geplanten Blaulichtkonferenz vorstellen.

Red Hand

250.000 Kinder werden weltweit in Armeen und bewaffneten Gruppen eingesetzt. Zum internationalen „Red Hand Day“ haben meine Kollegen und ich auf dieses Leid aufmerksam gemacht. Kinder gehören nicht aufs Schlachtfeld, sondern in die Schule und auf den Spielplatz!

